

Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirkes am 28.05.2005

Bitte Formblatt vollständig und gut leserlich ausfüllen und umseitige Erläuterungen beachten!

Antrag (zur Abstimmung)

Anfrage/Anliegen

Möchten Sie mündlich vortragen?

ja

nein

Name:	Vorname:	Staatsangehörigkeit:
[redacted]	[redacted]	D
Straße, Nr.:	PLZ, Ort:	Telefon: (Angabe freiwillig)
[redacted]	81241 München	

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

ja

nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

ja

nein

Diskussionsthemen in Stichworten:

1. Mieterverdrängung durch NUP und Entmietung von Pasinger Bürger (Bereich Nördlich Landsberger/Kniel Offentbachstr.)
- 2.
- 3.

Text des Antrages / der Anfrage / des Anliegens:

Die Landeshauptstadt München wird als Bauträger der NUP hiermit aufgefordert, einen Sozialplan für die betroffenen Bürger mit diesen zu erstellen, finanzielle Mittel für die entstehenden Einzelschicksale bereitzustellen, und preisgünstigen, ortsnahen Wohnraum für die durch den Bau wohnungslos gewordenen Pasinger Bürger zu schaffen, und die zeitnah

Begründung:

Durch den Bau der NUP werden Pasinger Bürger, die jahrzehntelang hier ihren sozialen und gesellschaftlichen Mittelpunkt aufgebaut haben, entmietet, und mit ihren Problemen allein gelassen. Bisher erfolgt keine Hilfe und Unterstützung durch die Landeshauptstadt München als Bauträger der NUP, obwohl die Landeshauptstadt hier Nutznießer und Planer ist. Lösungen werden von den

Vermietern erwartet, obwohl die Stadt Ursache für diese Umstände ist.

Unterschrift

Raum für Vermerke des Direktoriums – Bitte nicht beschriften

- ohne Gegenstimme angenommen
- mit Mehrheit angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit abgelehnt

Folgender Antrag wird gestellt:

Die Landeshauptstadt München wird als Bauträger der Nordumgehung Pasing hiermit aufgefordert, einen Sozialplan für die betroffenen Bürger in Zusammenarbeit mit diesen zu erstellen, finanzielle Mittel für die entstehenden Einzelschicksale bereitzustellen, und preisgünstigen, ortsnahen Wohnraum für die durch den Bau wohnungslos gewordenen Pasinger Bürger zu schaffen.

Hintergrund:

Wie seit längerem immer wieder angesprochen, soll nun die Nordumgehung Pasing entgültig gebaut werden. Durch den Bau werden auf der Nordseite der Landsberger Strasse zwischen Knie und Offenbachstrasse viele Pasinger Bürger, die jahrzehntelange hier ansässig sind, und ihren sozialen und gesellschaftlichen Mittelpunkt aufgebaut haben, entmietet und auf die Strasse gesetzt. Wie uns bekannt gegeben wurde, beginnen die ersten Abrissunternehmungen bereits Anfang 2006 im direkten Umfeld unserer Wohnungen, genauer gesagt nur wenige Meter davon. Anschließend gibt sich eine Baustelle nach der anderen hier im direkten Umfeld die Hand – mit der Folge, dass hier bis Ende der Bauphase an kein Leben mehr zu denken ist, da die gesundheitlichen Folgen nicht mal annähernd erfassbar sind. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden nach momentaner Planung alle Gebäude in diesem Bereich abgerissen, und das neue Pasing erbaut, wovon allerdings die ansässigen Pasinger Bürger keinen Nutzen mehr haben werden, da ihre Wohnungen dem Erdboden gleich gemacht werden.

Nicht nur, das an kostengünstigen Ersatzwohnraum nicht zu denken ist, ebenso entstehen gewaltige Unkosten für diese Betroffenen, da weder die Umzugskosten geregelt sind, noch die hohen Investitionen, die hier von den einzelnen aufgebraucht wurden, um die Wohnungen bewohnbar zu machen, rechnen. Die Verlierer bei dem ganzen Spiel sind hier Pasinger Bürger, zu deren Wohl die NUP gebaut wird. Bisher hat weder die Landeshauptstadt, noch die zuständigen Stadträte zur Kenntnis genommen, dass hier Bürger wohnen, und es auch um das Leben dieser geht, welches durch die NUP teilweise zerstört werden könnte. Bei der letzten Bürgerversammlung wurde von uns der gleiche Antrag schon mal gestellt, nur leider wurde dieser vom Bezirksausschuss an unseren Vermieter weitergereicht, statt diesen, wie eigentlich von uns gewünscht, an die Landeshauptstadt München als Bauträger weiterzuleiten. Daher erfolgt nun nochmals die Antragstellung, mit der Bitte, dem Antrag schnellstens Folge zu leisten und uns zu unterstützen, denn es geht hier um massivste Eingriffe in unsere Leben – und zu einem Bau eines Großprojekts wie der Nordumgehung gehören eben mal nicht nur Baukosten, sondern auch die Umsiedlung der Bewohner – und daher ist es nicht nachvollziehbar, dass die Verhandlungen zwar mit den Grundstückeigentümern vorgenommen werden, die Leute und Kinder, die auf diesen Flächen leben außer Acht zu lassen